Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/1922

02. 03. 88

Sachgebiet 8

Änderungsantrag

der Fraktion der SPD

zur Beschlußempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft (9. Ausschuß)
— Drucksache 11/1708 —

zu dem Antrag der Fraktion der SPD
— Drucksache 11/18 —

Abbau der Massenarbeitslosigkeit

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Beschlußempfehlung – Drucksache 11/1708 – erhält folgende Fassung:

„I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Massenarbeitslosigkeit hat mit 2,5 Millionen registrierten Arbeitslosen den höchsten Stand seit 1950 erreicht. Seit 1983 verzeichnen wir eine Arbeitslosenquote, die im Jahresdurchschnitt über 9 v. H. liegt. Die Zahl der abhängig Beschäftigten ist nach vier Jahren Konjunkturaufschwung immer noch um rund 400 000 niedriger als 1980. Das Konzept der Bundesregierung, nach dem höhere Gewinne zu steigenden Investitionen und zu mehr Beschäftigung führen, muß als gescheitert bezeichnet werden.

II. Die Bundesregierung wird daher aufgefordert, folgende Maßnahmen unverzüglich einzuleiten bzw. durchzuführen:

1. Das von der Bundesregierung am 2. Dezember 1987 beschlossene Umweltprogramm bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) wird auf 10 Mrd. DM jährlich aufgestockt. Gleichzeitig werden die Zinsen attraktiver gestaltet. Gemeinden mit besonders hoher Arbeitslosigkeit werden – durch Bereitstellung von zusätzlichen Bundesmitteln – günstige Zinskonditionen und längere Tilgungsfristen eingeräumt.

2. Zur Stärkung der Investitionskraft kleiner und mittlerer Unternehmen wird eine Investitionsrücklage eingeführt.

3. Die kommunale Finanz- und Investitionskraft wird gefördert durch
   - Entlastung der Gemeinden von Sozialhilfeleistungen an bedürftige Arbeitslose,
   - zusätzliche Mittel für Städtebauförderung, Dorferneuerung, Wohnungsbau, Modernisierung und Energieeinsparen.
4. Zur Stärkung der Wirtschaftskraft der Bundesländer, die von der Krise in den Montanstandorten und an der Küste betroffen sind, wird eine „Zukunftsinitiative Montanregionen" und ein „Zukunftsprogramm für die Küste" verwirklicht. Der Bund stellt dafür nach Artikel 104a Abs. 4 GG Finanzhilfen zur Verfügung.
5. Die Abschaffung der regionalen Investitionszulage soll rückgängig gemacht oder zumindest durch eine gleichwertige Aufstockung des Investitionszuschusses in der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" kompensiert werden.
6. Öffentliche Investitionen werden im Jahre 1988 aufgestockt und ihre Vergabe auf das erste Halbjahr vorgezogen.
7. Das Eigenkapitalhilfe-Programm zur Förderung von Existenzgründungen wird weiter fortgeführt.
8. Das Personalkostenzuschuß-Programm für die Förderung von Forschung und Entwicklung in kleinen und mittleren Unternehmen wird über 1988 hinaus fortgeführt.
9. Die von der Bundesregierung für 1990 geplante Steuerentlastung wird auf ein finanzierbares Maß zurückgeführt. Die Steuersenkungen werden auf kleine und mittlere Einkommen konzentriert.
10. Die vorhandene Arbeit wird durch Arbeitszeitverkürzung bei Sicherung der Arbeitsentgelte und freiere Arbeitszeitwahl gerechter verteilt.
11. Das Angebot bei sozialen und kulturellen Dienstleistungen wird erweitert.
12. Ein ausreichendes Ausbildungsplatzangebot und Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und der Arbeitslosigkeit der Berufsanfänger ist sicherzustellen.
13. Die Beschäftigungschancen für Frauen sind durch Frauenförderpläne zu verbessern.
14. Es werden Maßnahmen getroffen für eine umfassende Weiterentwicklung bei Umschulung, Weiterbildung und Fortbildung, besonders in Krisenregionen und für benachteiligte Gruppen.

15. Für die Schaffung von Arbeitsplätzen für Langzeitarbeitslose und für ihre bessere materielle Absicherung wird ein Sonderprogramm aufgelegt."

Bonn, den 2. März 1988

Dr. Vogel und Fraktion

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0722-8333